

- Es gilt das gesprochene Wort. -

## **Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein**

### **Haushaltsrede 2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,  
sehr geehrte Gäste im Saal und am Bildschirm,

Zu Beginn danke ich Frau Richter, Herrn Krämer und allen anderen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, sowie allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Wir stehen am Ende eines Jahres, in dem wir erfahren mussten, dass unsere Welt, deren größte Probleme in den letzten Jahren **die Klimakrise** und eine etwas in den Hintergrund geratene Pandemie waren, durch den von den meisten von uns falsch eingeschätzten Herrn Putin vor für uns bislang unbekannte oder verdrängte Probleme gestellt wird.

Der Krieg und seine Folgen dürfen nicht davon ablenken, dass unsere Zukunft in erster Linie von einem schnellen und konsequenten Klimaschutz abhängt. Der Krieg wird irgendwann, hoffentlich bald, zu Ende gehen, die Probleme wegen der jahrzehntelangen, von vielen bis heute praktizierten Vernachlässigung des Klimaschutzes werden bleiben.

Die Unterstützung der Monheimer Menschen und Verwaltung für Ukrainerinnen und Ukrainer, die ihr Land verlassen mussten, ist hoch und gut und niemand wird bezweifeln, dass alle Ausgaben dafür selbstverständlich sind.

Im Zusammenhang mit dem Krieg und entsprechenden Sanktionen wurde aber auch für alle deutlich, dass die unbegrenzte Versorgung mit billiger Energie nicht selbstverständlich ist.

Die Notwendigkeit der Einsparung von Energie ist noch bedeutender geworden - für Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch für die Städte.

Die meisten davon arbeiten mit mehr oder weniger Erfolg an diesem Thema. Und Monheim? Tut so, als gäbe es die Notwendigkeit zum Energiesparen nicht. Genauso wenig wie andere auch wirtschaftliche Probleme durch die Pandemie und den Krieg.

Trotzig wird an der Eisbahn nicht nur festgehalten wie während der Pandemie, sondern sie ist in diesem Jahr sogar doppelt so groß wie in den vergangenen Jahren.

In den vergangenen Jahren war der Stromverbrauch für die Bahn lt. Angaben der Verwaltung mit ca. 20.000 kWh etwa doppelt so hoch wie der Gesamtenergieverbrauch (nicht Stromverbrauch!) eines Einfamilienhauses pro Jahr, in diesem Jahr etwa doppelt bis dreimal so hoch. Man mag diese Zahl, wenn sie denn stimmt, vielleicht für nicht so dramatisch halten - vor dem Hintergrund der Vorbildfunktion der Stadt ist der Betrieb einer energiefressenden Eisbahn ein fatales Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger, die ja Energie sparen sollen und müssen und das dann natürlich auch von ihrer Verwaltung erwarten.

Auch bei anderen Maßnahmen werden gerade mal die zwingenden Vorgaben des Bundes umgesetzt - mehr nicht.

Ist ja auch egal, denn die Eisbahn wird ja wie Vieles in Monheim mit 100% Ökostrom betrieben. Zertifiziert. Wenn dieser für andere Bedarfe Verfügung stände, bräuchten diese nicht mit Strom aus fossilen Brennstoffen gedeckt zu werden. Der Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien liegt in Deutschland bei knapp 50% - weil dieser sinnvoll und

wirtschaftlich ist. Wenn Ökostrom entsprechend deklariert oder auch zertifiziert wird, kann jeder, der möchte, für sich 100% Ökostrom bekommen, ohne dass sich der Strom-Mix tatsächlich ändert. Ja, der OK-power-Strom muss zu mindestens 33% aus zusätzlichen Neuanlagen stammen. Besser wären allerdings weitere zusätzliche Anlagen vor Ort. Zum Beispiel Photovoltaik auf allen geeigneten Dächern von Gebäuden der Stadt und ihrer Töchter, auf allen privaten und gewerblichen Neubauten und auf möglichst vielen Bestandsdächern.

Die Stadt hätte es in der Hand - bei ihren eigenen Dächern sowieso und bei anderen durch Fordern und Fördern.

Wiederkehrende Antwort auf entsprechende Anträge und Vorschläge nicht nur von den Grünen, sondern auch anderen Fraktionen und von Bürgerinnen und Bürger auf der Mitmach-Plattform: Anlagen auf privaten Dächern sind so wirtschaftlich, dass es überflüssig ist, sie in Bebauungsplänen vorzuschreiben oder zu fördern. Anlagen auf öffentlichen Dächern sind hingegen in der Regel unwirtschaftlich. Muss man nicht verstehen.

Ja, sie sind wirtschaftlich. Deshalb kann man sie in Bebauungsplänen vorschreiben, ohne dass dem Bauherrn oder Käufer ein wirtschaftlicher Nachteil entsteht. Förderung erhöht die Motivation zusätzlich. Das gilt übrigens auch für sogenannte Balkonkraftwerke. Und für öffentliche Gebäude ist Photovoltaik natürlich genauso wirtschaftlich und es ist völlig unverständlich, warum sie dort nicht eingesetzt wird.

Vielleicht, weil sie anderswo selbstverständlich in großem Umfang eingesetzt wird und man damit - anders als z.B. mit angeblich autonomen Bussen nicht groß in die Medien kommt.

In der Monheimer Altstadt sind Photovoltaik- Anlagen auf Dächern sogar bis auf Ausnahmefälle verboten.

Mit konsequentem Einsatz von Photovoltaik könnte ein wesentlicher Schritt in Richtung Klimaneutralität 2035 erreicht werden - und ohne wird es nicht gelingen. Nicht umsonst ist die Nutzung kommunaler Dächer für Photovoltaik ein wesentlicher Punkt des Klimaschutzprogramms.

Der Rat hat einen Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme im Geltungsbereich des Bebauungsplans Hasholzer Grund beschlossen, die die Mega liefern soll.

Das kann durchaus eine sinnvolle Maßnahme sein, sollte aber mit der zwingenden Vorgabe verbunden sein, dass die Wärme aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Sicher ist dies mit der Mega eher umzusetzen als mit einem nicht mit der Stadt verbundenen Versorger. Die Erzeugung mit erneuerbaren Energien sollte aber fest vorgeschrieben sein. Es darf kein Eigentümer, der sein Haus mit erneuerbaren Energien beheizen möchte, gezwungen werden, Fernwärme zu beziehen, die dann vielleicht nicht mit erneuerbaren Energien erzeugt wird.

Andere wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes wären z.B.

- Beheizung von kommunalen Neubauten mit erneuerbaren Energien und weitest möglicher Ersatz von Anlagen auf Grundlage fossiler Brennstoffe sowie über die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes hinausgehende Dämmung der Gebäudehüllen von Neubauten und Ertüchtigung von Bestandsgebäuden im Rahmen eines Effizienzhaus-Standards
  - Zulassung von Photovoltaik auf Dächern in der Altstadt in Abstimmung mit Bauaufsicht und Denkmalschutz
  - Begrünung von Dächern und Fassaden
  - Konsequente Schonung von Baumbeständen, besonders auch in der Innenstadt, und gleichwertiger Ersatz für gefälltte Bäume
  - Möglichst weit gehende Entsiegelung und Vermeidung von Neu-Versiegelung
  - Vorgaben für Energieerzeugung und -Nutzung, Dachbegrünung u.a. in Bebauungsplänen
- Insbesondere bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen können in städtebaulichen Verträgen auch Anforderungen wie ein Effizienzhaus-Standard gefordert werden.

- Konsequente Verfolgung der Windenergienutzung

In den vergangenen Jahren und auch in Bezug auf die in den letzten Wochen diskutierten Baugebiete sind zweifellos einige Schritte in die richtige Richtung zu beobachten, die wir durchaus zur Kenntnis nehmen und begrüßen. Dabei werden auch Maßnahmen getroffen, die in der jüngeren Vergangenheit noch als grober Unfug abgetan wurden, wenn sie von der Opposition vorgeschlagen oder beantragt wurden, wie z.B. die Kombination von Dachbegrünung und Photovoltaik.

Es passiert also durchaus etwas, und das bestreitet auch niemand, nur eben leider zu wenig. Dies betrifft auch die kürzlich beschlossenen Bebauungspläne Frohnstraße, Lindenstraße und Hasholzer Grund, wobei wir bei letzterem die Bebauung des Gebiets grundsätzlich ablehnen.

So werden wir das gesetzte, sehr ehrgeizige Ziel der Klimaneutralität bis 2035 nicht erreichen.

In der Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zur Klimafolgenanpassung wurden einige Maßnahmen genannt, die zumindest teilweise mit Klimaschutz, aber wenig mit Klimafolgenanpassung zu tun haben. Diese wird nach unserem Eindruck zu wenig verfolgt.

Die angekündigte Aktualisierung des Klimaschutzkonzepts liegt uns noch nicht vor.

Meiner Generation wird - sicherlich weit gehend zu Recht - von jüngeren Menschen vorgeworfen, zu wenig für Klima und Umwelt getan zu haben und zu tun.

Verfolgt man das Vorgehen der eher jungen Mehrheitsfraktion, kann man sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass es in Monheim eher umgekehrt ist. Leider. Beispielhaft sei der Umgang mit Anträgen und Anregungen verschiedener Fraktionen und auch aus der Bürgerschaft beispielsweise zu Ausbau und Förderung der Photovoltaik genannt.

Auch unsere Anträge zur Förderung von Blühwiesen im Stadtgebiet und zur Änderung der Baum- und Heckenschutzsatzung, mit der auch städtische Bäume geschützt und ersetzt werden sollten wie private außerhalb von privaten Hausgärten, wurden abgelehnt - weil sie durch das Vorgehen der Verwaltung angeblich gegenstandslos sind, was bei genauem Vergleich nicht zutrifft.

Das gleiche Schicksal ereilte traditionell auch alle anderen Anträge aus den Reihen der Nicht- Peto- Fraktionen.

Auffallend übrigens, dass sich auf den Kopien vieler Anträge der Opposition in den letzten Wochen die „Bitte um ablehnenden Beschlussvorschlag“ fand. Im Sinne eines angemessenen Umgangs sowohl mit den Anträgen als auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung ist sicher sinnvoll, wenn diese sich mit ihrer Kompetenz unvoreingenommen mit den Anträgen beschäftigen und dann zu einer Empfehlung kommen.

Die Diskussionen in diesem Hause nicht nur den Anträgen stellen mit beispielsweise teilweise persönlichen Angriffen und Vorwürfen, die Vorlagen der Verwaltung nicht richtig gelesen und verstanden zu haben, nicht gerade gute Beispiele gelebter Demokratie dar. Dazu passt dann leider auch die Änderung der Geschäftsordnung, die wir eben beschlossen haben, in der beispielsweise das Antrags- und Fragerecht der Fraktionen und damit auch der Bürgerinnen und Bürger, die sich an sie wenden, eingeschränkt wird. Im Rechnungsprüfungsausschuss wird nicht nur keine Video- Aufzeichnung stattfinden, sondern offensichtlich zukünftig auch keine Audio- Aufzeichnung mehr erlaubt sein wird.

In Monheim ist weder eine Reaktion auf die aktuelle Energiekrise noch auf die aus verschiedenen Gründen unsichere wirtschaftliche Entwicklung feststellbar. Das Programm heißt „weiter so!“

Unabhängig von insbesondere auch vor dem Hintergrund der politischen Situation möglichen verringerten Einnahmen aus der Gewerbesteuer hält ja auch durchaus nicht jeder das derzeitige Gewerbesteuersystem für die gerechteste aller denkbaren Lösungen. Inhaltlich

mag man dazu stehen wie man will, aber es ist durchaus denkbar, dass das System geändert wird und die Hauptquelle unserer Einnahmen sich deutlich verringert.

Selbst bei den auch in dem Haushaltsplan, über den wir heute zu entscheiden haben, hoch angesetzten Einnahmen sind für die kommenden Jahre erhebliche Kredite eingeplant.

Für die Jahre 2022 bis 2026 sind lt. Gesamtfinanzplan für 2023 711 Mio. € für Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Abzüglich der parallel erfolgenden Tilgung sind es immer noch 673 Mio. €. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Gesamtfinanzplan für das Jahr 2022, auch wenn man das dort noch nicht berücksichtigte Jahr 2026 außer Acht lässt.

Dazu kommen noch ca. 370 Mio. Verbindlichkeiten städtischer Töchter gegenüber Kreditinstituten, wobei beispielsweise die Kulturwerke und das medizinische Versorgungszentrum noch nicht enthalten sind.

Insgesamt sprechen wir also über eine Kredithöhe von über einer Milliarde €.

Noch nicht berücksichtigt sind dabei die erheblichen Zinsaufwendungen.

Obwohl Monheim 2021 mit mehr als dem **Doppelten der Stadt mit den zweithöchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus Gewerbesteuer** die höchsten Gewerbesteuereinnahmen pro Kopf in NRW hatte, werden wir in naher Zukunft auch die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen. Beeindruckend.

Wie bereits im vergangenen Jahr angesprochen, sind zweifellos nicht alle Kredite negativ zu beurteilende Schulden und wir sind auch zweifellos aktuell nicht überschuldet, aber wir dürfen die Augen nicht vor den erheblichen Risiken der derzeitigen Strategie, soweit davon die Rede sein kann, verschließen.

Verwaltungsspitze und Mehrheitsfraktion argumentieren immer wieder gerne mit dem stattlichen Eigenkapital, das Investitionen, auch kreditfinanzierten, gegenüber steht. Ja, das Eigenkapital ist rechnerisch zweifellos vorhanden, aber ein großer Teil davon wäre nicht an Investoren zu verkaufen, wenn liquide Mittel zur Bedienung oder Vermeidung von Krediten benötigt werden.

Niemand wird bestreiten, dass beispielsweise Investitionen in die Monheimer Wohnen sinnvoll sind und sich auch in absehbarer Zeit amortisieren.

Beispielsweise beim Rathauscenter und beim Monheimer Tor gilt das rechnerisch vielleicht auch - aber nur, weil sie mit verlorenen Zuschüssen, städtischen Eigenkapitalzuführungen oder wie auch immer man es bezeichnen mag, in einer Höhe ausgestattet werden, dass sich die Rest-Investition angemessen amortisiert. Und sonst eben nicht.

Während sich der Umbau des Monheimer Tors noch in der Anfangsphase befindet, ist gegenüber des Busbahnhofs bereits der nächste Baustein der neuen Mitte vorgesehen. Auch dieser wird mit erheblichen Kosten verbunden sein - und es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch diese wieder mit einem städtischen Zuschuss gedeckt werden, um für die Tochter eine rechnerische Amortisation zu ermöglichen.

Schulen, Kindergärten u.a. sind wichtige und unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Kinder, aber finanziell können und sollen sie sich nicht amortisieren.

Einige Projekte sind durchaus attraktiv, aber mit so erheblichen Bau- und Folgekosten verbunden, dass wir sie ablehnen wie die Kulturraffinerie. Ein Betrieb ist vielleicht noch kostendeckend möglich, zur Finanzierung der Baukosten wird er mit Sicherheit nicht reichen.

Andere sind nach unserer Überzeugung komplett verzichtbar wie ein Wellenbad oder eine Marina.

All dies ist Eigenkapital oder wird es werden. Aber niemand außerhalb Monheims würde eine Kulturraffinerie, ein Wellenbad oder eine Marina zu Konditionen kaufen, mit denen sich die Baukosten auch nur annähernd decken ließen.

Das Eigenkapital wird sich in den kommenden Jahren nicht nur durch Abschreibung, sondern voraussichtlich auch durch die Ausbuchung der sog. Covid- bzw. jetzt auch Ukraine-Isolierung reduzieren, die zurzeit auch bei uns für ausgeglichene Haushalte sorgt, aber keine wirkliche Einnahme darstellt.

Da die kostenintensiven Projekte, die in den vergangenen Jahren beschlossen wurden, mittlerweile fertig gestellt sind, sich im Bau befinden oder in der Planung soweit fortgeschritten sind, dass sie praktisch nicht mehr aufzuhalten sind, sind einige Einsparmöglichkeiten leider nicht mehr realistisch.

Es wurden und werden voraussichtlich auch heute noch Ausgaben beschlossen, die nach unserer Überzeugung nicht nur verzichtbar, sondern vor dem Hintergrund der finanziellen Situation und der unsicheren Aussichten nicht zu vertreten sind.

Eine wesentliche- Maßnahme wäre in diesem Zusammenhang ein Verzicht auf die Weiterverfolgung des Projekts Marina, die nicht nur nach unserer Auffassung verzichtbar und mit erheblichen Problemen verbunden ist, sondern auch mit erheblichen nicht vertretbaren Kosten und Risiken.

Daneben hinaus hat der Rat in den vergangenen Monaten verschiedene Immobiliengeschäfte gegen die Stimmen nicht nur der Grünen beschlossen und wird dies voraussichtlich auch heute noch im nicht öffentlichen Teil tun. Da sie eben nicht öffentlich sind, kann ich sie hier nicht weiter erläutern.

Einen deutlich geringeren Anteil als die Einnahmen aus der Gewerbesteuer machen übrigens die anteiligen Einnahmen der Stadt Monheim aus der Einkommensteuer aus. Auffallend ist, dass dieser Anteil, der direkt mit dem individuellen Einkommen der Monheimer Bürgerinnen und Bürger hat, erneut gesunken ist.

Wie im Haushaltsplan werden nach unserer Überzeugung auch im Stellenplan nicht die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Die Mehrzahl der Stellen sind zweifellos sinnvoll und erforderlich, aber die Stellenansätze zur Förderung von Klimaschutz, Radverkehr u.a. sind nach unserer Überzeugung auch in der Zukunft zu gering.

Wir lehnen den Haushalt für 2023 ab.

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2023